

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 3

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Revolution und Gegenrevolution diesseits und jenseits der Pyrenäen

Paris blickt nach Madrid. Aus mehreren Gründen. Die Studentenrevolution, Anlass oder Vorwand für den spanischen Belagerungszustand, flammt gerade jetzt wieder in Frankreich auf. An dem Januartag 1969, da auf der Madrider Universität die republikanische Fahne gehisst wurde, flatterten von der Sorbonne zum erstenmal seit Mai 1968 wieder rote und schwarze Wimpel. Die Unrast der revolutionären Jugend zu beiden Seiten der Pyrenäen dauert fort.

Frankreichs *Rechte* macht kein Hehl daraus, dass Francos «Rezept» zumindest teilweise auch an der Seine brauchbar wäre. Frankreichs *Linke* fragt sich mit Sorge, ob die spanische Reaktion nicht tatsächlich ein «Vorläufer» für ähnliche Tendenzen in anderen europäischen Ländern ist.

Das «Komplott»

Die Erklärung des spanischen Informationsministers Fraga Iribarne übernimmt fast wörtlich das Argument des französischen Innenministers Raymond Marcellin, laut welchem hinter den Studentendemonstrationen eine «internationale Strategie» stehe, die zu «Nihilismus» und «Anarchie» führe. Mit deutlicher Anspielung auf die französische Mairevolution fügt Iribarne hinzu: «Wir warten nicht, bis bei uns Maitage kommen. Dann wäre es noch schwieriger, die Situation zu beherrschen, und der Preis wäre noch höher.»

Die Argumentation des spanischen Regimes ist für französische Zustände von besonderem Interesse und tatsächlich alarmierend. Nicht nur rechtsradikale, auch rechtsgaullistische und konservative Kreise drängen seit einiger Zeit auf «spanische» Massnahmen.

Nach der Mairevolution wurden in Frankreich Verhaftungen vorgenommen und ein Dutzend ultralinken Gruppen verboten, unter ihnen nicht nur Cohn Bendits «Bewegung des 22. März» und die nach Peking ausgerichteten Kommunisten, sondern auch Trotzlisten und Anarchisten.

Alle diese Organisationen bestehen aber unter anderen Namen weiter fort. Die damals aus politischen Gründen verhafteten Ultralinken wurden wieder freigelassen. Hauptsächlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Demokratische Traditionen sind hier verwurzelt. Die Franzosen dulden es nicht, dass Menschen bloss wegen ihrer politischen Meinung verfolgt werden. Frankreich ist also nicht Spanien.

Zuckerbrot und Peitsche

Wohl ernannte General de Gaulle einen «harten» Innenminister: Raymond Marcellin. Zum Unterrichtsminister aber wurde ein ausgesprochen Liberaler ernannt: Edgar Faure. Die beiden Männer sollten die zwei Seiten des offiziellen gaullistischen Konzepts realisieren: «Reform und Ordnung». Die Opposition sagt dazu: «Zuckerbrot und Peitsche».

Nun hat man in diesem Winter immer mehr den Eindruck, dass Edgar Faures Hochschulreform an reaktionären und revolutionären Widerständen scheitert. Faure wird in rechtsgaullistischen Kreisen mehr und mehr angefeindet. Der gaullistische Aktionsausschuss in Dijon – wo der Generalsekretär der UDR, Robert Poujade, zum gaullistischen Abgeordneten gewählt wurde – beschuldigte kürzlich den liberalen Unterrichtsminister sogar als Schrittmacher der Ultralinken. Drohungen wurden ausgestossen, die Edgar Faure in einem vielbeachteten Artikel in «Le Monde» als «faschistisch» bezeichnete.

Wenn einmal führende Männer des gaullistischen Regimes einander auf diese Weise gegenseitig als «Salonbolschewisten» oder «Faschisten» denunzieren, wird die Sache bedenklich. Der neue Krach im gaullistischen Lager wurde notdürftig erstickt, schwelt aber unter der Decke weiter.

Sollten in Frankreich in nächster Zeit wieder revolutionäre Zustände entstehen, wie man sie hier im Mai vorigen Jahres erlebte, so würde der Ruf nach «spanischen Rezepten» unüberhörbar. Die Frage ist nur, mit welchen Aussichten und Folgen.

Verlockend und gefährlich

Selbst in Spanien ist das Franco-Regime durch den neuen Polizeiterror keineswegs gefestigt. Wohl wurden die ersten Versuche des liberalen Unterrichtsministers José Luis Vilar Palasi torpediert. Ruhe und Ordnung sind aber deshalb noch lange nicht hergestellt. Im Gegenteil, die revolutionärsten Elemente verschanzen sich in einem längst vorbereiteten Untergrund.

Betroffen sind hauptsächlich bekannte liberale und reformistische Persönlichkeiten der Universität, der Gewerkschaftsbewegung und der Kirche.

Ein Grossteil der spanischen Gesellschaft steht schon seit längerer Zeit in wachsender Opposition gegen das Franco-Regime. Immer wieder kam es in letzter Zeit zu Massenstreiks und Betriebsbesetzungen. Ausserdem wurden Kirchen in Madrid, Oviedo, Valencia, San Sebastian und Bilbao von Gläubigen und Priestern besetzt. Konferenzen der Rechtsanwälte in Madrid, Barcelona und San Sebastian forderten kürzlich die Beseitigung des Ausnahmegerichtes.

Die Widersprüche der spanischen Gesellschaft werden durch den Belagerungszustand nicht überwunden, sondern verschärft. Die Revolutionsgefahr wird nicht verringert, sondern gesteigert. Das notiert man auch in konservativen Kreisen Frankreichs, wo Francos Rezept auf den ersten Blick verlockend wirkte, jetzt aber in seiner ganzen Gefahr erkannt wird.

Die Nachfolge

Hinzu kommt das Tauziehen um die Nachfolge. Was kommt nach Franco in Madrid? Eine liberale Monarchie oder eine freie Republik? Und was wird aus dem Gaullismus nach de Gaulle? Auch im Elysée hat der Kampf um die Nachfolge begonnen.

Die Studentenrevolution ist eine Welterscheinung. In Madrid und Paris ist sie nur ein Aspekt einer umfassenden und tiefgehenden Krise.

Francos Regime ist altersschwach. Es befindet sich in der Defensive gegen den revolutionären Ansturm der neuen Generation.

De Gaulles 5. Republik ist jünger, aber nicht minder morsch. Mai war Fanal. Die parlamentarische Demokratie wurde in Frankreich eingeschränkt, die Grundrechte wurden aber nicht aufgehoben. Der Faschismus ist hier nur *eine* Möglichkeit.

Die politische Situation in den beiden lateinischen Ländern hat gewisse Ähnlichkeiten, jedoch auch wesentliche Verschiedenheiten. Da und dort steht an der Spitze des Staates ein General. In beiden Fällen ist die Nachfolge ungeklärt und birgt die Gefahr revolutionärer Erschütterungen in sich.

Georg Scheuer

Kommunismus in Italien — heute

Zum erstenmal gab es auf einem kommunistischen Kongress Mehrheit und Minderheit, schrieb nach Abschluss des Parteitages der KPI in Bologna Gaetano Arfé im «Avanti», dem Organ der Sozialistischen Partei. Natürlich ist das auf einem kommunistischen Parteitag, ganz gleich in welchem Lande, eine bemerkenswerte Neuerung, da man durch Jahrzehnte im kommunistischen Bereich die «monolithische» Einheit der Partei rühmte. Allerdings, die Diskussionen auf der Monsterveranstaltung in Bologna (ungefähr 1000 Delegierte und 3000 Zuhörer) gingen in erster Linie um die Taktik der KPI im politischen Leben Italiens, als etwa um Grundsatzzfragen der kommunistischen Theorie, die heutzutage in sehr verschiedener Art, aber stets unter dem gleichermassen von Mao Tse-tung, Kossygin, Ulbricht, Dubcek oder Luigi Longo verwendeten, zum Schlagwort gewordenen Begriff des «Marxismus-Leninismus» verstanden wird. Nur ein Delegierter der «Neuen Linken» in der KPI, Luigi Pintor, wagte die ketzerische Bemerkung, man müsse den Kommunismus heutzutage, einschliesslich des sowjetischen Experiments, neu marxistisch analysieren. Damit ist die KPI noch keine Reformpartei im internationalen Kommunismus geworden, nicht einmal im Sinne der neuen theoretischen Versuche, die der bekannte französische Kommunist Robert Garaudy neuerdings anstellt¹, um Theorie und Praxis der mitgliederstarken kommunistischen Parteien in der westlichen Welt in Einklang zu bringen. Aber sie setzte sich sehr ein-

¹ Im Organ der spanischen Kommunisten, «Nuestra Bandera» (Unsere Fahne), veröffentlicht Garaudy den Versuch einer Neudefinition des marxistischen Arbeitnehmerbegriffs und die Möglichkeiten des Sozialismus in den modernen kapitalistischen Ländern, die allerdings vom «Marxismus-Leninismus» auszugehen haben.

mütig von dem «Panzer-Kommunismus», wie Ernst Fischer treffend definiert hat, in der CSSR ab. Dubceks Name wurde bei der Ansprache des tschechoslowakischen Gastdelegierten heftig applaudiert, die lahme Begründung des Einmarsches in die Tschechoslowakei durch den sowjetischen Delegierten Panomariow mit eisiger Stille quittiert. Zu weit ging man auch in dieser Hinsicht nicht. In dem Kilometerbericht des Parteisekretärs (in Italienisch mit Obmann bezeichnet) Luigi Longo wurde die sowjetische Luftlandeexpedition in böhmisch-slowakischen Landen kritisiert, wie schon unmittelbar nach dem 21. August, doch in Worten, die Raum liessen für die üblichen Freundschaftsbeteuerungen für die Sowjetunion. Es gab in der langen Debatte auch Stimmen, die den sowjetischen Standpunkt der Intervention in unbotmässigen «sozialistischen» Ländern verteidigten. Doch die Grundstimmung war, die kommunistische Partei müsse in jedem Land eine selbstbestimmte Politik einschlagen. Es kann als Widerspruch in sich in diesen wort-, aber nicht immer inhaltsreichen Debatten erscheinen, dass dennoch das Vorbild Sowjetrussland in der Grundstimmung der Delegierten und Gäste erhalten blieb, was stimmungsmässig am stärksten zum Ausdruck kam, als der sowjetische Vertreter Panomariow der KPI ein Riesenbild von Lenin als Geschenk in den Saal tragen liess und alles aufsprang, um wild begeistert Beifall zu klatschen. Mit andern Worten, Lenin, die Oktoberrevolution und die Sowjetunion als das grosse Beispiel des von Kommunisten anzustrebenden Sozialismus sind immer noch die Polarisierungspunkte, was wohl letztendlich auch für die tschechischen Reformer gilt. Mithin ist der Widerspruch zwischen der Ablehnung des Panzerkommunismus und dem Lenin-Kult in Bologna nicht so sehr verschieden von Prag und Pressburg.

Die symptomatische Tatsache jedoch, dass nun in Bologna dennoch verschiedene Strömungen hörbar wurden und bei der Neuwahl des Zentralkomitees von 171 Mitgliedern sogar drei Delegierte gewählt wurden², die zur «Neuen Linken» zugehörig angesehen werden, und zudem der «Sozialismus in Italien» sozusagen die Leitlinie für die politische Strategie – von Strategie und nicht von Taktik war die Rede – der nächsten Zeit abgab, zeigt kein Weltwunder an, wohl aber den Umstand, dass Italien im politischen Westen liegt, eine demokratische Verfassung hat und parlamentarisch regiert wird. Die KPI strebt zur Macht, und der einfachste Weg ist aus alter Weisheit zu teilen, wo man herrschen möchte. Man möchte also die Mitte-Links-Regierung in ihre Bestandteile, noch besser die in zu viele Richtungsgruppen aufgespaltenen grossen Regierungsparteien teilen, um dann mit Restbeständen eine Koalition zu bauen, die nicht erst seit dem Kongress in Bologna die katholische Linke und die Kommunisten vereinen soll. Das Bestreben, auf diese Weise zur politischen Vormacht zu werden, ist unverkennbar.

² Es sind dies: Aldo Natoli, Luigi Pinto und Rossana Rossanda.

Obwohl in der ewigen Rolle der Opposition, in der sich die KPI allzuoft im Neinsagen im Parlament mit der äussersten Rechten und den Neofaschisten zusammenfindet, ist die KPI ein Bestandteil – so würden die ausserparlamentarischen Revolutionäre sagen – des italienischen «Establishments». Mithin wurde der Kongress in Bologna – eine sympathische Sitte im politischen Leben in Italien – auch von den Vertretern der anderen Parteien begrüsst. Mithin sandte der Kongress auch eine Ergebnheitsadresse an den Staatspräsidenten Giuseppe Saragat, und dieser antwortete mit subtilen Anspielungen auf die Verpflichtung aller Bürger, nach Artikel 54 der Verfassung, zur Treue zur Republik und der Verfassung.

Rolf Reventlow

Dr. Richard Lienhard

Hemmungsorgan Kommissionspräsident

In unserer Zeitschrift wurde jüngst auf die Bedeutung von Studiengruppen im Dienste der Sozialdemokratischen Partei hingewiesen. Demnach sollte es die vornehmste Aufgabe solcher Gruppen sein, Material für die praktische Tätigkeit der Partei beziehungsweise ihrer Vertreter in den Parlamenten zusammenzutragen¹.

Die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel hat bekanntlich mit diesem Arbeitsgruppensystem Pionierarbeit geleistet, und das Ergebnis ist denn auch ermutigend. Diese Arbeitsgruppen stellen sich konkrete Probleme und bemühen sich, diese bis zur Gesetzesreife zu fördern. Es hat sich gezeigt, dass zahlreiche von diesen Gruppen ausgearbeitete Konzepte als Instrumente zur Beeinflussung der «grossen Politik» zu dienen vermochten.

¹ Die «Basler Nachrichten» nahmen in Nr. 70 vom 15./16. Februar 1969 unter dem Titel «Die Wunderdroge der radikalen Demokratie» zu der Forderung nach Studiengruppen wie folgt Stellung:

«Die Ideologie des politischen Pluralismus gibt sich als empirisch begründete Theorie. Wenn sie von Lienhard auch abgelehnt wird, so ist er ihr doch insofern verfallen, als er nach Studiengruppen von Wissenschaftern und von Fachleuten aus Verwaltung, Industrie, Gewerkschaft und Partei ruft, damit sie das Material für die praktische Tätigkeit der Partei liefern.»

Dabei scheint das Basler Blatt zu übersehen, dass die massgebenden Parteiorgane darüber letztinstanzlich zu befinden hätten, ob oder wie weit die von Studiengruppen ausgearbeiteten Vorschläge auch politisch vertretbar sind.